



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Für die Presse

Die Bundesregierung hält nicht Wort

GKKE kritisiert umfangreiche Rüstungsexporte an Teilnehmer des Jemen-Kriegs

Berlin, 18. Oktober 2018 „Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag erklärt, dass sie keine Waffen mehr an Staaten liefern werde, die am Jemen-Krieg teilnehmen. Stattdessen hat sie kürzlich erneut umfangreiche Exporte an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Jordanien genehmigt. Durch diese Politik wird die Bundesregierung zunehmend mitverantwortlich für die humanitäre Katastrophe im Jemen.“

Diesen Vorwurf erhebt Prälat Dr. Karl Jüsten, der katholische Vorsitzende der GKKE. Die Genehmigung der Waffen, darunter Artillerie-Ortungssysteme für gepanzerte Fahrzeuge, Panzerabwehrraketen sowie Gefechts- und Zielsuchköpfe für Flugabwehrsysteme schade der Glaubwürdigkeit der Regierung. Allzu offensichtlich werden derzeit humanitäre Belange allen Beteuerungen zum Hohn gegenüber industriellen Interessen nachrangig behandelt. „Eine kohärente Politik im Sinne der von der Bundesregierung 2017 beschlossenen Leitlinien *Krisenmanagement und Friedensförderung* sieht anders aus“, so Prälat Dr. Martin Dutzmann, der evangelische Vorsitzende der GKKE.

„Die GKKE fordert die Bundesregierung deshalb erneut auf, sämtliche Rüstungsausfuhren an Länder zu stoppen, die sich am Jemen-Krieg beteiligen“, macht Prälat Jüsten deutlich. „Es wird Zeit, den wohlklingenden Erklärungen konkrete Taten folgen zu lassen. Es wird nicht ausreichen, das Richtige nur dann zu tun, wenn es nichts kostet“ betont Prälat Dutzmann.

Für Rückfragen: Dr. Jörg Lüer 0228 103-303
